

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

89 (14.11.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FORVB

2. Jahr Nr. 89 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Freitag, 14. November 1947

Rückgabe des Nazi-Raubguts angeordnet

Gemeinsamer Fonds zur Entschädigung der Opfer des Naziterrors

Baden-Baden. Der französische Oberbefehlshaber in Deutschland hat am 10. November 1947 eine Verordnung über die Rückerstattung von Vermögenswerten unterzeichnet, die zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 ihren rechtmäßigen Eigentümern auf Grund ihrer Nationalität, ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Gesinnung oder ihrer politischen Tätigkeit gegen das Naziregime abgenommen worden sind.

Die Verordnung unterscheidet zwischen Entzug von Vermögenswerten ohne Zustimmung der Eigentümer und über dessen Ungesetzlichkeit kein Zweifel besteht und solchen, der mit schließlicher Zustimmung des Opfers durchgeführt wurde.

Im ersten Fall muß die Nichtigkeit der Maßnahme von eigens zu diesem Zweck geschaffenen Gerichtshöfen festgestellt werden, während in dem zweiten Fall eine Annullierung auszusprechen ist. Wenn die Nichtigkeit festgestellt oder die Annullierung ausgesprochen ist, werden die Parteien gleichermaßen in die Rechtslage zurückversetzt, in der sie sich vor der für nichtig oder annulliert erklärten Maßnahme befanden.

Bei der Wiedergutmachung wird dem guten Glauben oder der Böswilligkeit des Erwerbers solcher Vermögenswerte Rechnung getragen. In keinem Falle darf aber das Handeln im guten Glauben von der prinzipiellen Pflicht zur Rückerstattung der Vermögenswerte befreit werden.

Im übrigen werden die Gewinne, die die verschiedenen böswillig handelnden Erwerber nacheinander aus dem gleichen Besitz gezogen haben und die von diesen zurückzuerstatten sind, nicht den wieder in den Besitz ihres Eigentums kommenden Personen übergeben, sondern in jedem Land einem

gemeinsamen Fonds zur Verfügung gestellt, und zur Entschädigung der Opfer des Nazismus verwendet.

Demselben Fonds wird der Ertrag der Veräußerung von Vermögenswerten, die inzwischen ohne Hinterlassung von Erben verstorbenen Personen gehört haben, übertragen. Die Rückerstattungsanträge müssen der auf Grund der Ausführungsbestimmungen zu diesem Erlaß eingesetzten Gerichtskanzlei ab 10. November innerhalb von 18 Monaten vorgelegt werden.

Der Erlaß schließt nicht die Möglichkeit eines gegenseitigen Vergleichs zwischen den betreffenden Parteien aus, unter der Bedingung, daß dieser Vergleich auf dem Rechtswege bekräftigt wird.

Stuttgart. Zwei Tage nach der Länderratssitzung am Samstag, in der kein Beschluß über den Erlaß eines deutschen Rückerstattungsgesetzes zustande kam, erließ die amerikanische Mil-

itärregierung mit Wirkung vom 10. November für die vier Länder der US-Zone das Gesetz Nr. 59 (Rückerstattungsgesetz). Sinn und Zweck ist, in größtmöglichem Umfang und auf schnellstem Wege identifizierbares Eigentum (an Sachen und Rechten sowie Inbegriffen von Sachen und Rechten) an solche Personen zurückzugeben, denen dieses Eigentum aus rassistischen oder religiösen Gründen, aus Gründen der Staatsangehörigkeit, sowie wegen ideologischer und politischer Opposition gegen den Nationalsozialismus unrechtmäßig entzogen wurde. Gemäß den Bestimmungen sollen die Objekte ihren früheren Eigentümern oder deren Rechtsnachfolgern auch dann zurückerstattet werden, wenn die Interessen anderer Personen, die keine Kenntnis der unrechtmäßigen Wegnahme hatten, dabei unberücksichtigt bleiben. Gesetzesbestimmungen zum Schutze gutgläubiger Erwerber sind nicht zu beachten.

Berlin. Der Leiter der Rechtsabteilung der amerikanischen Militärregierung, Rockwell, erklärte, die Eigentumskontrollabteilung der Militärregierung habe 19 000 Eigentumsobjekte unter ihrer Obhut, die während des Hitlerregimes ihren rechtmäßigen Eigentümern zwangsweise ab-

genommen wurden. Es handele sich bei diesen Objekten um alle möglichen Werte, angefangen von Haushaltsgegenständen bis zu Bankguthaben und Landbesitz. Ihr Wert betrage schätzungsweise 13,5 Milliarden Mark.

„Atombomben-Geheimnis“

Stuttgart. Im Zusammenhang mit der Äußerung Molotows über das Atombomben-Geheimnis berichtet — wie wir der „Stuttgarter Zeitung“ entnehmen — der Moskauer Korrespondent des Pariser „L'Intransigeant“, die Sowjetunion habe im Juni ihren ersten Atombombenversuch in Sibirien durchgeführt. Dem Versuch hätten etwa 280 sowjetische Atomwissenschaftler beigewohnt.

Amtliche meteorologische Stellen berichten aus London, daß zu dem fraglichen Zeitpunkt des ersten Versuchs in der UdSSR, am 15. Juni, britische Erdbebenwarten eine „schwache Erschütterung“ festgestellt hätten. Die Erdbebenwarte in Stuttgart habe ebenfalls bekanntgegeben, daß zur selben Zeit zwei sehr entfernte Erdbebenstöße aufgenommen worden seien.

Die Sowjetunion — würdiger Verteidiger des Friedens

Eine Rede des Generalsekretärs des Weltgewerkschaftsbundes

Bukarest. Zum zweiten Kongreß des rumänischen Gewerkschaftsbundes sprachen außer dem Ministerpräsidenten Groza und dem neuen Finanzminister Luca Delegierte Jugoslawiens, Bulgariens, Ungarns der Tschechoslowakei, Finnlands, Italiens und Oesterreichs.

Louis Saillant, der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes erklärte, nachdem er vor allem auf die Schwierigkeiten hingewiesen hatte, denen der Weltgewerkschaftsbund begegnen mußte, um für die Arbeiter das Recht auf einen Sitz im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen zu erreichen: „Die Regierungen der Vereinigten Staaten u. Großbritanniens haben alles getan, was in ihrer Macht stand, um den Einfluß des Weltgewerkschaftsbundes im Wirtschafts- und Sozialrat zu verringern. Die Regierung der Sowjetunion hat dagegen ständige Unterstützung und besonderer Wohlwollen alle vom Weltgewerkschaftsbund bei den Vereinten Nationen eingereichten Vorschläge unterstützt. Die Art von Demokratie, von der die internationale Reaktion der Kapitalismus und auch der Neofaschismus träumen ist diejenige, die man heute in Griechenland sieht, wo die Arbeiterschaft im Elend versinkt und die Gefäng-

nisse und Konzentrationslager füllt. Es ist auch die Form von Demokratie, die man in der Türkei antrifft, wo gewerkschaftliche Freiheiten überhaupt nicht existieren.“ Zu den Angriffen gegen die Sowjetunion erklärte er: „Im Gegensatz zu denen, die den Krieg vorbereiten und provozieren, bleibt die Sowjetunion der würdige Vertreter des Friedens, der Demokratie und der Freiheit der Arbeiter. Aufgabe des Weltgewerkschaftsbundes und des zweiten Kongresses des rumänischen Gewerkschaftsbundes ist es, die Arbeiter der ganzen Welt und die Arbeiter Rumaniens aufzufordern, sich den demokratischen und fortschrittlichen Kräften aller Länder anzuschließen, um eine große Weltfront des Friedens für den Kampf um den Frieden zu schaffen.“

Sowjetisch-amerikanische Einigung über Palästina

Lake Success. Die Sowjetunion und die USA sind in der UN übereingekommen, den 1. Mai 1948 als endgültiges Datum für die Auflösung des britischen Mandats über Palästina und Zurückziehung der englischen Truppen vorzuschlagen. Bis zum 1. Juli 1948 sollen ein unabhängiger jüdischer und arabischer Staat geschaffen werden.

Dokumente zur Sprengstoff-Provokation

Die Sprengstoff-Provokation gegenüber den badischen Kommunisten, die durch die Rede von Otto Grothwohl auf dem SED-Parteitag in Berlin und durch eine Anfrage im Hessischen Landtag eine besondere Unterstreichung fand, können wir weiter erhellen.

Wir sind in den Besitz des fingierten Bestellbriefes des noch unbekanntem Agent-Provokateurs gelangt. Wir bilden ihn hier ab. Es ist ein einfältiges Bubenstück, das nur deshalb so wichtig wurde, weil die Fa. Merck darauf unverständlicherweise eingegangen ist.

Der Achtgroßschonjunge hat sich also nicht einmal einen bedruckten Briefbogen der KP Freiburg beschafft und in miserablen Deutsch seine Bestellung aufgegeben. Der angegebene Grund „infolge der zeitbedingten Notwendigkeit zur allgemeinen Sicherheit und Abwehrkraft“ zeigt, wie töricht er dabei zu Werke ging. Auch die Bemerkung, daß die Picrinsäure „in kleinere Stahlbe-

hälter gegossen wird“ ist kein Geistesblitz. Das Stempelchen macht die Bestellung, der auch noch Rückporto beilieg, wenig vertrauensvoll.

Niemand wird nach diesem einfältigen Dokument begreifen, daß die Weltfirma E. Merck in Darmstadt — wenn er nicht dunkle Hintergründe eines dortigen Provokateurs ahnt — auf solches Bubenstück ernst und sachlich eingegangen ist. Ohne wenigstens in einer so eigen-

artigen Angelegenheit bei der Partei in Freiburg rückzufragen! Statt dessen erklärte sie sich kurzweg zur Lieferung bereit und forderte auf, die 100 kg Picrinsäure mit Lastwagen in Darmstadt abzuholen.

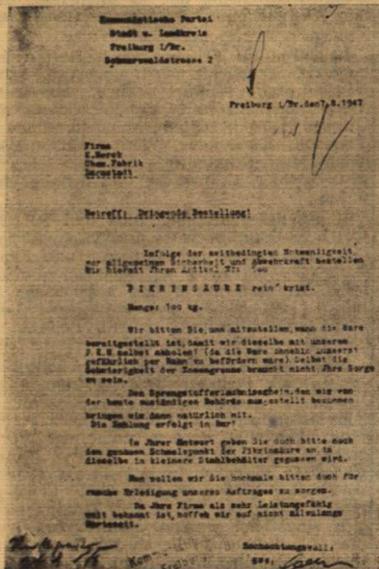
Wir werden über den Fortgang unserer Nachforschungen, insbesondere auch über Herrn Dr. Karl Merlau in Darmstadt und seine Geheimstelle in der Firma Merck weiter berichten.

Maniu zu Gefängnis begnadigt

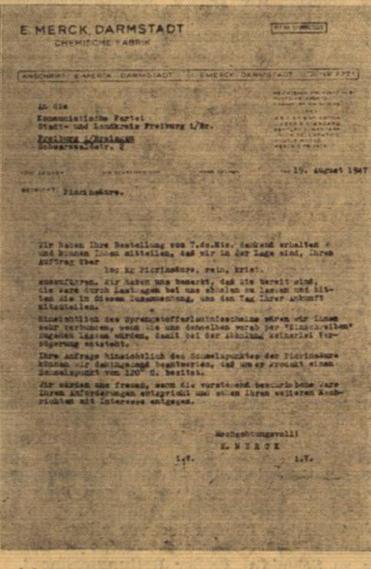
Bukarest (RDFK). Im Hochverratsprozeß gegen den Führer der ehemaligen rumänischen Bauernpartei wurde das Urteil gefällt. Maniu erhielt lebenslänglich Zuchthaus und wurde angesichts seines hohen Alters zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt.

Leipziger Messe bleibt führend

Leipzig. Das Interesse des deutschen Westens an der Messe ist im Steigen begriffen. Das zeigte sich bei der Messekongress in Essen, wo mit der Eisenbahnhauptverwaltung der Einsatz von fünf Ausstellern (gegenüber bisher zwei Zügen) zur Frühjahrsmesse 1948 festgelegt wurde, da die Ausstellernzahl gestiegen ist. Ein neues Messehaus in der Innenstadt und ein neues Gebäude auf der technischen Messe werden die Ausstellungsmöglichkeiten erweitern, so daß ein Gesamtgelände von 72 000 qm zur Verfügung stehen wird.



Der fingierte Bestellbrief vom 7. August



Die provokatorische Lieferbereitschaft

Meine Brüder, lasset uns mit mutigem, fröhlichem Herzen auch mitten unter der Wolke arbeiten, denn wir arbeiten zu einer großen Zukunft. Und lasset uns unser Ziel so rein, so hell, so schlackenfrei annehmen, als wir's können.

Johann Gottfried Herder
(1744-1803)

Wiedergutmachung

Von Dr. Karl Bittel
1. Vorsitzender der VVN

Bei den soeben angeordneten Rückerstattungen von Vermögenswerten handelt es sich um die bei dem Beutezug der Nazis während der zwölf bösen Jahre bei Deutschen innerhalb Deutschlands geraubten Besitztümer. Die durch die Militärregierungsverordnungen erfolgte Regelung bringt leider nur eine Teillösung für die dringend geforderte generelle Wiedergutmachung des Nazi-Unrechts an allen seinen Opfern. Denn diese Rückerstattung bezieht sich vor allem auf die entwendeten jüdischen Vermögen, also um Milliardenwerte an Kapital und Besitztümern von Menschen, die ermordet sind oder zumeist noch im Ausland leben. Welches Millionenmaß diese Rückerstattung in Baden annehmen wird, ist noch nicht zu übersehen. Wir zählen nur die schauernde Ziffer von 5617 Juden auf, die in dem gedruckten (!) Adreßbuch steht, das der Reichsstatthalter Backfisch (der sich „Robert Wagner“ nannte) zu seiner Judenausrottungsaktion am 22. Oktober 1940 den badischen Landräten überreichen ließ. Ueber fast aller Schicksal besteht heute noch völlige Ungewißheit. Von diesen damals aus Baden und der Pfalz insgesamt 9000 verschleppten jüdischen Männern und Frauen lebten bei ihrer Einlieferung im KZ Auschwitz am 15. August 1942 nur noch 6000 Juden, die wahrscheinlich alle dort vergast worden sind, bis auf einen einzigen, der nach Baden, und einen, der nach der Pfalz zurückgekehrt ist.

Es ist selbstverständlich, daß alle, die an diesem Massenverbrechen verdient haben und ihre schmutzigen Geschäfte machten, nun endlich für die geraubten Häuser, Fabriken, Wohnungseinrichtungen, Schmuck, Kapitalien, Geschäfte usw. belangt werden müssen.

Vordringlicher als diese gewiß notwendige Rückerstattung ist jedoch eine Lösung für die heute in Deutschland lebenden ehemals politisch, religiös und rassistisch Verfolgten und ihre Hinterbliebenen. Also die Wiedergutmachung und Beseitigung solcher Schäden, weniger an Kapital und Besitz, als an unerhörten Opfern in bezug auf Gesundheit und Existenz all derer, die in Feindschaft und Widerstand gegen Hitler gestanden sind. Diese Frage stand längst auf der Tagesordnung. Es ist eine schwere Unterlassung, daß die Vorbereitungen für ein entsprechendes Gesetz nicht beschleunigter, entschiedener und forscher betrieben worden sind. Wäre das nicht eine selbstverständliche sofortige nationale Dankeschuld gegenüber den Männern und Frauen gewesen, die ehrenvoll und tapfer im Widerstand geblieben sind und dafür unsagbare Opfer gebracht haben. Deutschland ist gewiß das einzige Volk der Welt, das seine wahren Helden nie zu ehren verstanden hat, weil ihm der Begriff „Held“ überhaupt nur mit Uniform und Orden gegenwärtig ist und Zivilcourage nichts zu gelten pflegt.

Wir haben uns in den gemeinsamen Landesvorstandssitzungen der „Betreuungsstellen der Opfer des Nationalsozialismus“, zusammen mit der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) am vergangenen Samstag in Freiburg mit diesem deutschen „Gesetz zur Wiedergutmachung des Nazi-Unrechts“ ausgiebig beschäftigt (siehe den VVN-Bericht in UT Nr. 88). Soweit es sich dabei um den Ersatz der von Gestapo, SA und SS entwendeten materiellen Güter handelt, wurde die Zurückerstattung bzw. angemessener Wertersatz gefordert. Dazu kommt die Wiedergutmachung all jener Schäden, die durch die Freiheitsberaubung in Gefängnissen und Konzentrationslagern mit ihren körperlichen und seelischen Qualen für die Betroffenen und die Not ihrer Familienangehörigen entstanden sind. Es sollte selbstverständlich sein, daß hier das Äußerste an Hilfe geschehen müßte, insbesondere bei Gesundheitsschädigungen. Jene, die aus ihren Arbeits- oder Beamtenverhältnissen gekommen sind, müssen wieder eingestellt werden, wobei alle Aufstiegsmöglichkeiten zu wahren sind. Bei selbständigen Berufen, Gewerbetreibenden, Kaufleuten, Geschäftsinhabern, ist der betreffende Betrieb mit allen Einrichtungengegenständen wieder zu beschaffen. Gebrauchsgegenstände, Wohnungseinrichtungen, Autos, Radioapparate und was alles im Laufe der 12 Jahre gestohlen wurde, ist vollwertig und gegenständlich zurückzugeben. Auf Vergünstigungen aller Art haben Menschen, die jahrelanges Leid erduldet haben, wo andere das Hitlerheil genossen, größtmöglichen Anspruch. Auch Steuervergünstigungen u. ä. sind zu gewähren.

Eine wesentliche Frage ist die der geldlichen Entschädigung für die Haftzeit. Man bedenke, daß das niederrichtige Klassenurteile einer dem Hitlerterror unterworfenen Justiz gewesen sind. Im Falle der sog. „Schutzhafte“ handelte es sich bis zu 12 jahrelanger unvorstellbarer Menschenindere in Konzentrationslagern, ohne je überhaupt vor einem Gericht gestanden zu haben. Das trifft insbesondere auf jene antifaschistischen Aktivistinnen zu, die aus politischer und religiöser Überzeugung dem Nazisystem Widerstand leisteten. Als materielle Hilfe für die unschuldig erlittene Haftzeit hat die VVN bei einer Haft von mehr als 6 Monaten je Hafttag 10 Mark Entschädigung vorgeschlagen; diese soll in vierteljährlichen Teilbeträgen von 600 Mark gezahlt werden. Für Haftzeiten

von mehr als 18 Monaten werde die Entschädigung als Ehrengabe in Form einer lebenslänglichen Rente gewährt. Sie soll bei einer Haftdauer über 18 Monate monatlich 150 Mark betragen, über 24 Monate monatlich 200 Mark, bei mehr als 30 Monaten monatlich 250 Mark; in vierteljährlichen Beträgen im Voraus zahlbar.

Alle diese Vorschläge sind seitens der Betroffenen längst gemacht. Es kommt nun darauf an, endlich schleunigst dieses Gesetz zu schaffen. Wiedergutmachungsbehörden einzusetzen, sowie Wiedergutmachungskammern bei den Landgerichten mit Beisitzern aus den Organisationen der Naziverfolgten. Ohne bürokratische Verschleppung, mit Energie und Eifer, muß nunmehr nach zweieinhalbjähriger Verzögerung an dieses allgemeine Wiedergutmachungswerk herangegangen werden!

Was heute für die Nazioffer in Südbaden geschieht, ist geringfügig. Das Hilfswerk wurde im Juni 1945 mit primitivsten Mitteln geschaffen. Die Bad. Landesstelle zur Betreuung in Freiburg ist im Oktober 1945 geschaffen worden und hat ihre Zweig- und Nebenstellen in allen Landkreisen. Die Zahl der gegenwärtig Betreuten beträgt rund 3500, davon 750 Ak-

tivisten, 380 rassisch- und religiös Verfolgte, 170 Hinterbliebene; in der zweiten Gruppe von Opfern sind rund 1800 betreut, dazu kommen noch ca. 400 politisch Geschädigte. Einer Wiedergutmachungswilligen, wahren Volksgemeinschaft wäre es ein Leichtes, hier würdevoll, aus freiem Willen und mit offener Hand zu helfen. Jedoch die Erfahrung lehrt, daß es genug Menschen gibt, die diese Hilfe garnicht anerkennen wollen und daß es noch mehr gibt, die diesen Opfern gleichgültig oder mißgünstig gegenüber stehen.

Als die kameradschaftlichen Gedenkfeiern Mitte September in ganz Drauf-land für die toten Opfer des Faschismus, jene Millionen Gehängter, Vergaster, und sener, Erschlagener und Verhungerten anstalteten, sind sie nirgendwo in der Öffentlichkeit derart boykottiert worden, wie in Südbaden. Mag es bei vielen böses Gewissen oder eigenes Schuldgefühl gewesen sein, die sie abgehalten haben, teilzunehmen. Bei den meisten ist es die entsetzliche politische und menschliche Gleichgültigkeit gewesen, die vor und während der Nazizeit die Schuld daran hat, was damals versäumt wurde. Um der Wahrheit willen muß diese Anklage auch gegenüber der Regierung und fast allen Behörden, die kirchlichen eingeschlos-

sen, erhoben werden; leider auch gegenüber der Presse.

Auch den Lebenden gegenüber ist dieselbe Gleichgültigkeit. Statt sie heute für ihren heldenhaften Kampf zu ehren und ihnen zu danken, weil sie vom deutschen Volk die Schrecknisse des Hitlerterrors und seines Raubkrieges abwehrten wollten, gewährt man ihnen ein bißchen Wohlthätigkeit und läßt sie samt ihren Frauen und Kindern vom Bürokratismus jedes Hemd, jedes Paar Schuhe, jeden Stuhl und Tisch erbetteln. Man überlege einmal, daß diese Menschen, die damals zum Teil über ein Jahrzehnt gehungert und gearbeitet haben, heute bei der Ernährungsbürokratie um ein Stück Brot betteln müssen. Auch das Ausland mit seinen Care- und Liebesgabenpaketen hat noch nicht begriffen, daß gerade hier bei den Nazioffern die vornehmste Aufgabe internationaler Hilfsbereitschaft liegen würde. (Leider ist die ehemalige Unterstützung der UNRRA völlig in Wegfall gekommen.)

Unsolidarität und Mißgunst gegenüber den Nazioffern ist ein beschämendes Zeichen für ein Volk, das allen Grund hätte, sich wenigstens in dieser Frage der Wiedergutmachung zu bewähren.

Ein deutsches Programm für London

Berlin. Deutsche Politiker aus allen vier Besatzungszonen, die am vergangenen Sonntag zu einer Sitzung zusammengetreten waren, erzielten Übereinstimmung über ein Programm, das die politische Zukunft Deutschlands betrifft und das dem Alliierten Kontrollrat in Berlin mit der Bitte um Vorlage anläßlich der Außenministerkonferenz in London überreicht werden soll. Das Programm fordert Schaffung der deutschen Wirtschaftseinheit, Errichtung einer deutschen Zentralregierung, Ausarbeitung eines Besatzungsstatuts und Zulassung verantwortlicher deutscher Persönlichkeiten zu den vorbereitenden Besprechungen zum deutschen Friedensvertrag.

Das Programm wurde von folgenden Persönlichkeiten unterzeichnet: Prof. Karl Geiler, Prof. Alfred Weber, Dr. Ferdinand Friedensburg, Dr. Walter Strauß, Dr. Franz Tillmann, Dr. Otto Lenz, Dr. Erhard Huebner, Karl Steinhof, Johannes R. Becher, Paul Löbe, Heinrich Gruber, Agnes v. Zahn-Harnack.

Dr. Schumacher (SPD) hatte die Teilnahme an der Konferenz abgelehnt, weil die Initiative von kommunistischer Seite ausgegangen sei, und hatte zu dem Versuch, eine nationale Repräsentation zu bilden, weiter erklärt: „Die Sozialdemokratie und ich sind wohl für eine nationale Repräsentation der Russen zu schaffen!“, hungen sind aber ein Versuch, eine Nationale Repräsentation der Russen zu schaffen!

Dieser politisch unqualifizierbaren Feststellung Dr. Schumachers stellen wir die Kritik des Ber-

liner Organs der CDU „Die Neue Zeit“ entgegen: „Es bedurfte nicht eines neuen Beweises, um zu dokumentieren, in welcher gewissenlosen Weise die SPD jede vor der Londoner Konferenz entstehende Regung zu einem gemeindeutschen Willensausdruck verdächtigt, wie ihn auch Jakob Kaiser aus tiefer Verpflichtung gegenüber unserem Volke bis an die äußerste Grenze einer von Parteifeindschaft leider zerschlagenen Verhandlungsmöglichkeit herbeizuführen sucht. Das ist ein Glanzstück neudeutscher Parteipolemik, das, ständen wir nicht im Jahre 1947, unmittelbar von dem Propagandaminister des Dritten Reiches bezogen sein könnte.“

Maßregelung Paul Löbes

Berlin. Der Vorstand der SPD wird am 14. November den Fall des früheren Reichsprä-

sidenten Paul Löbe prüfen, der trotz des Verbotes von der Partei an den Beratungen des Friedensburg-Komitees zur Bildung einer deutschen Nationalvertretung teilgenommen hat. Die Berliner SED-Presse behauptet, daß Löbe aus der Partei ausgeschlossen werden soll. Die Behauptung wird in den sozialdemokratischen Kreisen Berlins formell dementiert. Man läßt jedoch durchblicken, daß möglicherweise ein Tadel ausgesprochen wird. Löbe wollte seinerseits seine Haltung gegen die Behauptungen rechtfertigen, denen zufolge die Beratungen des Friedensburg-Komitees von Kreisen angeregt worden sind, die unter sowjetischem Einfluß stünden. Er erklärte: „Nachdem ich mich von der Notwendigkeit überzeugt habe, daß man am Vorabend der Londoner Konferenz nicht passiv bleiben kann, habe ich mich entschlossen, mich an der Berliner Besprechung zu beteiligen.“

Um den Marshall-Plan

Zürich. Der ehemalige Unterstaatssekretär Sumner Welles empfehle als Lösung des Deutschlandproblems die Teilung Deutschlands. Folgendes läßt sich hierzu die „Neue Zürcher Zeitung“ von ihrem Washingtoner Korrespondenten berichten: „Das wird allem Anschein nach auch die Linie der amerikanischen Delegation in London sein, die sich schon deshalb jetzt nicht auf eine „Verständ-

igung“ mit den Russen einlassen könnte — selbst wenn eine solche möglich wäre —, weil eine solche der amerikanischen öffentlichen Meinung gegenwärtig kaum plausibel gemacht werden könnte oder überhaupt tragbar erschiene. Es besteht heute ja beinahe die Gefahr, daß jede Verständigung als Appeasement gebrandmarkt würde, selbst wenn sie diesen Namen nicht verdiente.

Wahrscheinlich würde eine Entspannung der internationalen Lage sogar auch den Marshall-Plan gefährden, der ohne eine gewisse Dosis von Emotionen kaum durch die Fährnisse der Kongreßberatungen gebracht werden könnte. Nach dem Urteil erfahrener Beobachter wäre eine „Entspannung“, vorausgesetzt, daß sie überhaupt denkbar ist, ohnehin kaum vor dem Abschluß der amerikanischen Wahlkampagne nächsten Jahres möglich, und ob sie es dann noch ist, das hängt vollständig davon ab, wie sich die Lage inzwischen entwickelt.“

Washington. Die Experten erklären, die Frage der Verwaltung der Hilfsgelder solle dem Kongreß überlassen werden. Die Ueberwachung des Marshall-Plans solle durch das Staatsdepartement geschehen, so daß dieses die Durchführung des Planes mit der Gesamtleitung der amerikanischen Außenpolitik in Einklang bringen könne.

Zur Antikommunistischen Aktion

Berlin. Der Rundfunk im US-Sektor Berlins, „RIAS“, beginnt am 13. November eine Sendereihe „Freiheit gegen Totalitarismus“.

Schweizer Lebensmittel für Baden

Ausfuhr ohne besondere Genehmigung
Lörrach. Das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat nachstehende Waren zur Ausfuhr ohne besondere Genehmigung freigegeben:

Lebensmittel: Frisches Obst, Beeren (auch gedörrt), Südfrüchte (auch ungezuck. Frucht-konzentrate), Gemüse (auch konserviert), Weintrauben bis zu 10 kg, getrocknete Weintrauben, Feigen, Datteln, Mandeln, Nüsse und Bananen, Kunsthonig, ferner Kräuterkäse, Wein, Most, Schaumwein bis zu 5 kg, getragene Kleider, Leibwäsche und Schuhe bis zu 5 kg.

Haushaltsgegenstände. Ton- und Porzellanwaren, gebrauchte Bett- und Tischwäsche bis zu 2 kg, Kaffee und Surrogate und Fleischkonserven bis zu 1 kg, Medikamente (aber keine Kraftnahrungsmittel und kosmetische Präparate), Glühbirnen und Kurzwaren bis zu 0,5 kg, Gemüsesamen einschl. Bohnen und Erbsensamen bis zu 0,5 kg.

Sämtliche aufgeführten Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs können ohne besondere Genehmigung, im Einzelfall bis zum Gesamtwert von 100 Mark nach Deutschland eingeführt werden, unter der Voraussetzung, daß die Waren keinen Handelscharakter besitzen. Im kleinen Grenzverkehr können Kaffee, Tee, Schokolade und Kakaopulver bis zu 1500 Gramm monatlich eingeführt werden. Ferner darf jeweils ein angerissenes Päckchen Tabakwaren über die Grenze gebracht werden.

Sozialdemokratische „Rebellen“

Dr Schmid revidiert sich

Es war anläßlich des letzten sozialdemokratischen Parteitages in Offenburg, wo das Wort fiel: wenn wir doch ein paar mutige Rebellen, wie sie in der Labour-Party in England sind, auch in Deutschland in der SPD hätten! Sozialisten also die es wagen würden, aus Ueberzeugung im oppositionellen Kampf gegen eine Parteidiktatur zu stehen, wie sie zweifelsohne heute in der SPD von Dr. Schumacher ausgeübt wird.

Es gibt gewiß sozialdemokratische Mitglieder, alte und junge, welche genug marxistisches Rüstzeug besitzen, um den hannoverschen Kurs von Opportunismus, Revisionismus und Führerherrschaft für verhängnisvoll zu halten. Aber wo sind sie? Und was tun sie?

An diese Bemerkung mußte ich denken, als ich jetzt in dem sozialdemokratischen „Würt-

temberger“ (Reutlingen, vom 8. Nov.) den altbekannten Brief der Rebellen, d. h. jener 15 Labour-Abgeordneten in England vor einem Jahr vom 29. Oktober 1946 abgedruckt fand. Die Vorbemerkung heißt: „Wir glauben, unseren Lesern einen Auszug aus diesem Brief schuldig zu sein.“ Die Schuldigkeit ist richtig, aber der Auszug leider äußerst mangelhaft. Denn es handelte sich um einen Brief sehr ernster und weitgehender Kritik. Immerhin werden die sozialdemokratischen Leser aus dem kümmerlichen Auszug die sehr zeitgemäße Charakteristik Amerikas erkennen mit „seinem angeschwollenen Rüstungsbudget“ und „der kapitalistisch-expansionistischen Natur seiner Wirtschaft“. Und daß England in seiner Zone „die Wiedereinführung einer kapitalistischen Oekonomie“ zusammen mit der USA toleriere. Und drittens die Forderung, daß die englische Arbeiterregierung den Zwiespalt zwischen USA und UdSSR überbrücken müsse, statt sich mit dem amerikanischen Kapitalismus zu verbünden und die „reaktionäre amerikanische Politik“ anzuerkennen. — Das ist zwar nicht alles, was in dem Rebellenbrief steht, aber immerhin etwas.

Nun ist interessant, daß in der gleichen Nummer auch das jüngste Referat von Staatsrat Dr. Schmid vor der Tübinger SPD zum Ausdruck kommt. Wir kennen den Text zur Genüge von Offenburg her. Es gab in Tübingen jedoch eine kleine Abänderung, die charakteristisch ist. SCL erklärte nämlich zum Marshall-Plan: Es sei kein Zweifel, daß die politische Bewegung um die Marshall-Initiative eine Stärkung der innerpolitischen Tendenzen in Europa mit sich bringe, die sozialistischen Gedanken-gängen feindlich seien.“ Hört! Hört! Denn solche Tendenzen, auf die es entscheidend ankommt, hatte Sch. in Offenburg bekanntlich bestritten und dabei von „böswilliger Kolportage“ gesprochen (UT Nr. 83).

Mittlerweile ist also einiges Wasser den Neckar heruntergelaufen. Und bald wird noch mehr herunterfließen und einige verkleisterte Augen auswaschen.

Mittlerweile ist bereits die nächste Nummer des „Württemberg“ (12. Nov.) erschienen, der die Freundlichkeit hat, folgende Aeußerung des Rebellen Zilliacus seinen Lesern mitzuteilen: „Der Marshall-Plan hat den wirtschaftlichen Wiederaufbau derart mit dem ideologischen Krieg und der politischen Intrige in Zusammenhang gebracht, daß es sehr fraglich ist, ob er jemals irgend eine gute Wirkung haben wird. Ich bin überzeugt, daß die einzige Möglichkeit, um in den Plan mit einzugehen zu werden, die Annäherung an die osteuropäischen Länder und vor allem die Sowjetunion ist.“ — Das steht etwas in Gegensatz zu Schmid's „großer Rettungschance“.

Ostschweizerisches Hetzblättchen

Eines der übelsten Hetzblättchen in der Schweiz ist die katholische-konservative „Ostschweiz“ in St. Gallen. Sie kann nicht genug daran tun, die politische Arbeit der KP und SP in Südbaden herabzusetzen und Funktionäre dieser Partei böswillig zu verleumdern. Als sie kürzlich von Prof. Dr. Kirchheimer gehörig auf ihre schmutzigen Pfoten bekam, antwortete sie ähnlich, wie unsere „Südwestdeutsche“ nach ihrer Wahlverleumdung gegen kommunistische Funktionäre:

„Ich bin nicht in der Lage, den Beweis für das Geschriebene anzutreten. Ich werde deshalb meinen Mitarbeiter, was die persönliche Seite des Artikels betrifft, auch kaum decken können und ihn auffordern, sich mit Ihnen auseinanderzusetzen.“

Wie der „Südkurier“ verrät, der in seiner Nr. 75 gegen diese schweizerischen Hetzereien Stellung nimmt, sitzen die Hintermänner und Materiallieferer in Baden. Ihnen schreibt der „Südkurier“ ins Stammbuch, daß ihre „politische Brunnenvergiftung“ sehr rasch beendet werden könne durch die Veröffentlichung einwandfrei belegbarer Tatsachen, wie sie den Linksparteien in der Anonymität des Auslandes fälschlich vorgeworfen wurden z. B. Bekleidung leitender Stellen in der Staats- oder Gemeindeverwaltung während der Nazizeit, fördernde Mitgliedschaft in der SS und anderes mehr. Wir hoffen, daß sich die Notwendigkeit zu solchen Veröffentlichungen nicht ergibt.“

Wir sind — liebe Kollegen vom „Südkurier“ — ganz gegenteiliger Meinung! Nämlich, daß sich die Notwendigkeit zu dieser Aufklärung längst ergibt, und wir schlagen dem „Südkurier“ deshalb vor, daß er ungesäumt mit seinen Aufklärungen herauskommt, damit diesen badisch-schweizerischen Schädlingen möglichst schnell das Handwerk gelegt wird.

Londoner Notizbuch

UNSER TAG wird, wie damals in seinem „Moskauer Notizbuch“, auch über die Londoner Viererkonferenz fortlaufend eine knappe, sachliche Darstellung der Verhandlungen aufzeichnen. Wir verzichten dabei auf Sensationen und Alarmmeldungen angesichts der ersten Konferenz, die über das Schicksal Deutschlands entscheiden wird. Die Sprecher der vier Großmächte werden wir mit folgenden Anfangsbuchstaben bezeichnen: A = Amerika, E = England, F = Frankreich, R = Rußland.

Sitzungen der Stellvertreter der vier Außenminister

II. 8. Nov. Friedensvertrag mit Deutschland. Einzelheiten ohne Ergebnis.

Friedenskonferenz: R und F schlagen Teilnahme Albanien vor, A und E dagegen. R schlägt Bildung prov. deutscher Zentralregierung vor dem Entwurf eines Friedensvertrages vor. E wendet ein, daß die Existenz einer deutschen Regierung vor der eines Friedensvertrages es den Deutschen ermögliche, die Bemühungen der Alliierten zu hintertreiben. E A und F sind für die Teilnahme Chinas, R dagegen. R will die Friedenskonferenz auf die vier Großmächte und die 19 Länder, die am Krieg teilgenommen haben, beschränken. A und F fordern Teilnahme sämtlicher 55 Länder, die Deutschland den Krieg erklärt hatten. — Die Sitzung wird ohne Übereinkommen vertagt.

III. 10. Nov. R. legt einen Entwurf für die Tagordnung der vier Außenminister vor: 1. Verfahren für Ausarbeitung des Friedensvertrages, 2. Prüfung von Form und Zuständigkeit der vorläufigen politischen Organisation Deutschlands, 3. Prüfung des Berichts über Durchführung der Moskauer Beschlüsse bezüglich der Entmilitarisierung, 4. Festlegung der wirtschaftlichen Prinzipien des Wirtschaftspotentials und Reparationsplanes, 5. Beratung des Vertrags mit Oesterreich. — A, E und F prüfen den Entwurf. R und E verlangen Unterzeichnung des Friedensvertrages durch eine deutsche Regierung. R, F und E schlagen vor, daß deutsche Volk müsse den Vertrag selbst ratifizieren. Einigung wurde nicht erzielt. A verlangt, daß die deutsche Verfassung einen Passus enthalte, wonach alle Vollmachten nur unter ausdrücklichem Vorbehalt der Bestimmungen des Friedensvertrages — wie er beschlossen wird — und in Übereinstimmung damit ausgeübt werden können.

Ausschlüsse: R für Beschränkung auf die vier Großmächte, F regt an, „interessierte Mächte“ hinzuzuziehen. E. und A sind für Hinzuziehung aller 23 Mächte, die die Verträge mit den Satellitenstaaten mit ausgearbeitet haben.

Halber Erlaß von Gerichtsgebühren

Freiburg. Im badischen Gesetzblatt Nr. 36 ist eine Landesverordnung über den Erlaß von Gebühren für die Erben politisch Verfolgter. Darnach werden jenen Erben von Personen, deren Tod durch nationalsozialistische Verfolgung verursacht worden ist, auf Antrag solche Gerichtsgebühren erlassen, die für eine Todeserklärung, sowie für das Verfahren des Nachläßgerichtes entstehen. Der Artikel 2 bestimmt, daß bereits entrichtete Gebühren nicht zurückerstattet werden. Wir nehmen diese sehr verspätete Anordnung zur Kenntnis und protestieren dagegen, daß die für solche Verfahren bereits bezahlten Gebühren nicht zur Rückzahlung kommen sollen! Warum eigentlich nicht, badischer Gesetzgeber, der Du doch bestimmst die Nazioffer nicht auch noch weiter schädigen willst?

Kleine Zeitung

SAARBRÜCKEN. 90 Prozent der Gewerkschafter stimmten bei den Betriebsratswahlen in der Saar für die Gewerkschaftseinheit. Die neugebildete „Christliche Gewerkschaft“ konnte keinen Erfolg erzielen.

FRANKFURT A. M. feierte das Richtfest der Paulskirche.

MÜNSTER. Schüler der Coesfelder Schule sammelten für den Heimatverein Erlebnisberichte aus den Tagen vor der Kapitulation 1945. Zahlreiche Arbeiten wurden ausgezeichnet und in die Stadtchronik aufgenommen.

SOLINGEN. Die Handelskammer Solingen erklärte für die unzureichende Versorgung mit Rastierkliniken sei das mangelhafte Verteilungssystem verantwortlich. Rastierkliniken seien zudem ein ausgesprochenes „Hortungsartikell“ geworden!

BERLIN. Das Land Brandenburg bildete einen „Volkswirtschaftsausschuß“ der die Kontrolle über Produktion und Verteilung durchführt.

BERLIN. Die Hauptverwaltung Landeseigener Betriebe hat den volkseigenen Betrieben Thüringens die Herstellung ungenutzter Erzeugnisse untersagt.

BERLIN. Etwa 300 000 Schulkinder werden gegenwärtig in Thüringen in der evangelischen Glaubenslehre unterwiesen. Die Zahl der Dienststunden der evangelischen Geistlichen beträgt zur Zeit 687 gegenüber 352 während des Krieges.

LEIPZIG. Bei Kohlendioxidabfällen auf dem Leipziger Vorortsbahnhof Stötteritz gab es mehrere tödliche Unglücksfälle.

WIEN (Süden). 51 000 Südtiroler leben heute aufgrund des im Jahre 1938 zwischen Hitler und Mussolini abgeschlossenen Auswanderungsabkommens in Oesterreich.

BUDAPEST. Gegen Zoltan Pfeiffer, Vorsitzenden der rechtsstehenden oppositionellen „Unabhängigkeitspartei“, der aus Budapest geflohen ist, wird ein Prozeß wegen Hochverrats eröffnet.

BELGRAD. Vom 23. bis 30. November findet die erste Sitzung der „Kominform“ statt.

PARIS. Frankreich beging am Dienstag den 11. November den Tag des Waffenstillstandes von 1918.

BANGKOK. Die Siamesische Armee hat in einem blutigen Staatsstreich unter dem Feldmarschall Songkram die Staatsgewalt an sich gerissen.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden — Organ der KP
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg.

Redaktionskollektiv:
Dr. Karl Bittel (Chefredakteur), Karl Ehmann, Hanns Adam Faerber (Chef vom Dienst), Dr. Adolf Hirt, Dr. Walter Kunze, Gustav Venedey, — Verlagsleiter Hermann Jerrentrup.
Verlag: Südwest-Verlag GmbH., (17b) Offenburg, Hauptstr. 115, Postfach 361. Fernruf 2207. Erscheint mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestellgeld.

